



22.058

Zollgesetz. Totalrevision

Loi sur les douanes. Révision totale

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.06.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.24 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.03.24 (FORTSETZUNG - SUITE)

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Eintretensdebatte haben wir bereits in der Sommersession 2023 geführt. Wir kommen jetzt zur Detailberatung. Diese wird in fünf Blöcke aufgeteilt. Sie haben eine Übersicht über den Ablauf der Debatte erhalten.

1. Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

1. Loi fédérale sur la partie générale relative à la perception des redevances et sur le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Block 1 – Bloc 1

Allgemeine Bestimmungen

Dispositions générales

Aeschi Thomas (V, ZG): Wir kommen jetzt zur Beratung dieses "Monstrums", wie es jemand in der Vergangenheit genannt hat. Es ist tatsächlich die grösste Gesetzesfahne, die wir in den letzten zwölf Jahren vorliegen hatten, mit gesamthaft 490 Seiten für die Fahne des Erstrates.

Ich spreche zu den drei Minderheiten, die ich im ersten Block der Beratung vertrete. Zuerst danke ich Ihnen, dass Sie anlässlich der letzten Beratung dieser Vorlage Eintreten beschlossen und die Rückweisung abgelehnt haben. Wie Sie sehen, hat sich die Kommission an die Arbeit gemacht. Die Kommission hat die Vorlage noch unter meinem Vorgänger, dem ehemaligen Präsidenten der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, Leo Müller, fertig beraten. Ich denke, wir haben hier einen guten ersten Entwurf, den wir Ihnen heute vorlegen dürfen. Selbstverständlich gibt es dann gewisse Fragen, die in der Detailberatung im Ständerat nochmals vertieft angeschaut werden müssen. Aber grundsätzlich sind wir seitens der SVP-Fraktion damit zufrieden, wie die Detailberatung in den aktuell fünf Blöcken in der Kommission durchgeführt wurde.





Art. 68–78

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 79

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Hess Erich, Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Dettling, Götte, Tuena)

Das BAZG übermittelt Verfügungen grundsätzlich schriftlich (per Post), ausser eine Person akzeptiert aktiv elektronische Verfügungen.

Art. 79

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Hess Erich, Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Dettling, Götte, Tuena)

L'OFDF transmet les décisions par écrit (par courrier postal), à moins que la personne ne demande à ce que les décisions lui soient notifiées par voie électronique.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.058/28287)

Für den Antrag der Mehrheit ... 128 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 63 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Art. 80–87

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 88

Antrag der Kommission

Abs. 1

Gegen folgende Verfügungen, die das BAZG im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens erlässt, kann verwaltungsinterne Beschwerde beim BAZG gemäss Artikel 87 BAZG-VG erhoben werden:

- a. Verfügungen über die Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Artikel 12 VStrR; und
- b. Feststellungsverfügungen betreffend die Grundlagen der Abgabeberechnung oder die Tarifeinreihung.

Abs. 2

Gegen die im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens erlassenen Sicherstellungsverfügungen (Art. 56) und Verfügungen über die Beschlagnahme von Waren und Sachen als Pfand (Art. 58) kann beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde geführt werden. Beschwerden gegen diese Verfügungen haben keine aufschiebende Wirkung.

Abs. 3

Gegen die übrigen Verfügungen, die das BAZG im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens und gestützt auf das VStrR erlässt, richtet sich der Rechtsweg nach dem VStrR.



Abs. 4

Gegen Verfügungen, die das BAZG im Rahmen eines Rechtshilfeverfahrens erlässt, richtet sich der Rechtsweg nach dem jeweils anwendbaren Bundesgesetz.

Art. 88

Proposition de la commission

Al. 1

Conformément à l'article 87 LE-OFDF, les décisions suivantes que l'OFDF rend dans une procédure pénale

AB 2024 N 289 / BO 2024 N 289

administrative peuvent faire l'objet d'un recours interne à l'administration auprès de celui-ci:

- a. décisions d'assujettissement à une prestation ou à une restitution au sens de l'article 12 DPA, et
- b. décisions de constatation concernant les bases du calcul des redevances ou du classement tarifaire que l'OFDF rend dans une procédure pénale administrative.

Al. 2

Un recours peut être déposé auprès du Tribunal administratif fédéral contre les décisions de réquisition de sûretés (art. 56) rendues dans le cadre d'une procédure pénale administrative et les décisions concernant le séquestre de marchandises et de biens en tant que gage (art. 58). Les recours contre ces décisions n'ont pas d'effet suspensif.

Al. 3

Les voies de droit applicables aux autres décisions que l'OFDF rend dans une procédure pénale administrative en vertu de la DPA sont régies par cette dernière.

Al. 4

Les voies de droit applicables aux décisions que l'OFDF rend dans une procédure d'entraide judiciaire sont régies par la loi fédérale applicable en l'espèce.

Angenommen – Adopté

Art. 89

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Block 3 – Bloc 3

Wirtschaft (Fortsetzung)

Economie (suite)

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Der Antrag der Minderheit Ritter wird von Herrn Müller Leo begründet.

Müller Leo (M-E, LU): Wir befinden uns auf Seite 246 der Fahne beim Mehrwertsteuergesetz und dort bei Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe a. Die Wertfreigrenze beim Einkauf im Ausland ist seit Jahren ein Thema bei der Bevölkerung, beim Gewerbe, aber auch hier in unseren Räten. Deshalb hat das Parlament zwei Standesinitiativen angenommen, nämlich jene aus dem Kanton St. Gallen und jene aus dem Kanton Thurgau. Ebenfalls wurde die Motion 19.3975 der Finanzkommission des Nationalrates von beiden Räten gutgeheissen.

Es war immer beabsichtigt, dass die Frage der Zollfreigrenze mit dieser Vorlage hier behandelt wird. Dies sollten wir nun auch tun. Es läuft zwar im Moment noch eine Vernehmlassung zur Umsetzung der angenommenen Vorstösse. Mit einer Formulierung, die den vom Parlament angenommenen Standesinitiativen entspricht, will die Minderheit Ritter die Anpassung der Gesetzesgrundlage bereits jetzt vornehmen. Das ist auch ohne Weiteres möglich, da sich die Beratung der Zollgesetzgebung ohnehin noch über eine längere Zeit hinziehen wird und der Ständerat die Formulierung als Zweitrat nochmals prüfen und die Ergebnisse der Vernehmlassung hier einarbeiten kann.